

Beschlusskonferenz Ökologische & Sozialistische Erklärung Kassel

Die Konferenz wird veranstaltet vom

Förderverein Solidarität in Arbeit & Gesellschaft (SOAG) e.V.
in Kooperation mit:



Verein für politische Bildung, Analyse & Kritik e.V., Redaktion Arbeiterpolitik, Redaktion Arbeiterstimme, Redaktion Avanti, Klima AG im Avanti – Projekt undogmatische Linke, BI „Kein Atommüll in Ahaus“ e.V., junge Welt – Die linke Tageszeitung, Redaktion der Funke – marxistischer Standpunkt in der Arbeiterbewegung, Redaktion Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei Die Linke, Redaktion www.kossawa.de, Lunapark 21 – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie, Marxistisches Forum Sachsen, Marx-Engels-Stiftung, Initiative Ökosozialismus, Redaktion Rotdorn (für ein solidarisches Miteinander der Linken), Redaktion www.sozialismus.info, Redaktion www.sozialistische-kooperation.de, Bulletin Geraer Sozialistischer Dialog, SoZ Sozialistische Zeitung, Redaktion www.scharf-links.de, Redaktion www.sozialistische-kooperation.de, Tarantel – Zeitschrift der Ökologischen Plattform der LINKEN, [UZ] unsere Zeit – sozialistische Wochenzeitung.

Ort: Saal der Volkshochschule Region Kassel, Wilhelmshöher Allee 21, 34117 Kassel
Termin: 14.03.2010, 17:00 – 18:00 Uhr

Ablaufplan der Veranstaltung

Ökologische & Sozialistische Erklärung Kassel

Moderation: Dr. Robert Steigerwald, Redaktion Marxistische Blätter,
Sascha Stanicic, Redaktion www.sozialismus.info

17:00 - 17:15 Erläuterungen der Redaktionsgruppe

17:15 – 17:45 Text: Vorstellung mit Diskussion

17:45 – 18:00 Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung

Entwurfsvorlage:

Für eine ökosozialistische Wende von unten!

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Beschlusskonferenz ‚Ökologische & Sozialistische Erklärung Kassel‘ unterstützen die ökosozialistische Erklärung von Bélem, die aus der Weltsozialforumsbewegung heraus entstanden ist, und verstehen sich als Teil der weltweiten ökosozialistischen Bewegung.

Die kapitalistische Produktionsweise ist mit einem ökologisch verantwortlichen Wirtschaften und einer lebenswerten zukunftsfähigen Welt nicht vereinbar. Ihre Triebkraft ist das grenzenlose Streben nach höchstmöglichem Profit und die Konsequenz daraus ist der Zwang zu einem Wachstum, das mit den begrenzten Ressourcen der Erde unvereinbar ist.

Als Ergebnis der Vorbereitung und der Debatten unserer Konferenz halten wir fest:

Die Erwärmung der Erdatmosphäre durch den Ausstoß von Treibhausgasen gefährdet das Überleben der Menschheit und bedroht sie akut mit unabsehbaren Katastrophen. Die fortschrittlichsten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler fordern eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 90% bis 2050. Doch nicht einmal die offiziellen und völlig unzureichenden, von den Herrschenden der reichsten Industriestaaten bestimmten Klimaziele, können im Rahmen der bestehenden Verhältnisse erreicht werden.

In den ersten vier Jahren des 21. Jahrhunderts war der CO₂-Ausstoß trotz des Kyoto-Protokolls dreimal so hoch wie in den 90er Jahren, heißt es dazu in der Erklärung von Bélem.

Die so genannten marktwirtschaftlichen Lösungen mit Biosprit und Handel mit Emissionsrechten verschärfen das Problem des Hungers in der Welt, von dem bereits eine Milliarde Menschen betroffen sind und verschaffen den Großkonzernen und großen Kapitalgruppen zynisch die Möglichkeit, auch noch ihre umweltvernichtenden Aktivitäten in klingende Münze zu verwandeln – zu Lasten des ärmeren Teils der Menschheit und insbesondere zu Lasten der Ärmsten der Armen, die die ersten Opfer der aktuellen und bevorstehenden Umweltkatastrophen sind.

Wir fordern die radikale Umstellung auf erneuerbare und saubere Energiequellen wie Windkraft, Geothermie, Wellen- und Sonnenenergie.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Produktion von Massenvernichtungsmitteln und Kriegswaffen.

Wir fordern den Stopp des Baus von Kohlekraftwerken und des Missbrauchs von Nutzpflanzen zur Kraftstoffherstellung.

Wir fordern den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie wegen ihrer unabsehbaren Risiken und dem unlösbaren Problem der Entsorgung der nuklearen Abfälle.

Wir fordern den großzügigen Ausbau des öffentlichen Personen- und Güterverkehrs auf der Schiene und die drastische Reduktion des Pkw- und Lkw-Verkehrs auf der Straße. Für den Verkehr auf den Weltmeeren und in der Luft fordern wir den Umstieg auf Segelschiffahrt und Luftschiffe.

Der dringend erforderliche Umbau der Industriegesellschaft muss dazu führen, dass nicht immer mehr, sondern sehr viel weniger Energie verbraucht wird. Dafür ist eine Entschleunigung des Lebens nötig und eine ganz andere Gestaltung des Raums, die dafür sorgt, dass die täglichen Wege zur Arbeit, zur Freizeitbetätigung und zum Wohnen drastisch verkürzt werden. Dazu gehören die schrittweise Einebnung der Unterschiede von Stadt und Land und die völlige Umgestaltung der Millionenstädte zu einer den Menschen förderlichen und angenehmen Umwelt.

Für die Landwirtschaft fordern wir ein Ende der Agrarindustrie, des intensiven Getreideanbaus, der hypertrophen Weidewirtschaft zur Produktion ungesunder Mengen an Fleisch, der gigantischen Monokulturen, des Einsatzes der Gentechnik.

In Übereinstimmung mit der weltweiten Bauernbewegung Via Campesina fordern wir stattdessen die Förderung der lokalen Selbstversorgung mit Lebensmitteln, der bäuerlichen familiären Kleinwirtschaften und der selbstverwalteten Genossenschaften auf dem Lande sowie die Wiederfruchtbarmachung des bislang vernichteten bebaubaren Bodens.

Die ökologisch verantwortliche Produktion einer ausreichenden Menge an gesunden und ansprechenden Lebensmitteln ist möglich, aber nicht, wenn die Plusmacherei des großen Kapitals und die Macht von Großgrundbesitzern weiter die landwirtschaftliche Produktion beherrschen.

Die Aufhebung des Bodenmonopols ist eine Grundbedingung für die Lösung der wichtigsten ökologischen Probleme. Die Ressourcen der Erde sind von erheblichem öffentlichem Interesse, und alles für die menschliche Gesellschaft insgesamt Bedeutsame muss endlich gesellschaftlich kontrolliert und verwaltet werden.

Wir fordern daher die Vergesellschaftung der großen Produktionsmittel, der Banken und Versicherungsgesellschaften.

Dabei ist den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Beschlusskonferenz ‚Ökologische & Sozialistische Erklärung Kassel‘ bewusst, dass Verstaatlichung nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die ökosozialistische Wende ist. Wenn Verstaatlichungen dazu führen, dass wieder nur eine kleine Minderheit von Verwaltern das Sagen hat, dann werden diese letztlich zu Lasten der großen Mehrheit der Menschen und zu Lasten der Natur zum eigenen Vorteil wirtschaften. Die Erfahrungen mit einem scheinbar „sozialistischen“ Produktivismus haben gezeigt, dass nur die demokratische Kontrolle von unten und nur die Teilhabe der Beschäftigten sowie der Konsumentinnen

und Konsumenten an der Verwaltung der Betriebe und an den großen wirtschaftlichen Richtungsentscheidungen zur Hoffnung berechtigen, dass ein ökologisch verantwortliches und auf die Bedürfnisse ausgerichtetes Wirtschaften erreicht werden kann. Darum erfordert die ökosozialistische Wende eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit und die Sicherung der materiellen Existenz aller zu menschenwürdigen Bedingungen. Freiheit von Existenzangst und freie Zeit sind erforderlich, um die Teilhabe aller an der Verwaltung und am Meinungsbildungsprozess zu ermöglichen.

Freie Zeit ist ebenso nötig, um ein zeitgemäßes qualitatives Wachstum zu erreichen. Auch bei einer Wende zu ökologisch verantwortlichem Wirtschaften, bei dem schädliche und überflüssige Produktionen und Produktlinien aufgegeben werden, bei dem Boden, Wasser und Luft nicht weiter vergiftet, verschmutzt und vernichtet werden, kann technischer Fortschritt weitere Erhöhungen der Arbeitsproduktivität bewirken. Die erreichte hohe und jede höhere Arbeitsproduktivität aber muss dafür genutzt werden, den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Qualitatives Kriterium eines erhöhten Lebensstandards ist, sobald die Grundbedürfnisse befriedigt werden, die Ausdehnung der freien Zeit für vielfältige selbstbestimmte und schöpferische kulturelle Betätigung und Selbstentfaltung, für die Gestaltung liebevoller Beziehungen sowie für die Betreuung von Kindern und allen hilfsbedürftigen Menschen. Dabei ist für uns selbstverständlich, dass die so genannte Reproduktionsarbeit unter Männern und Frauen gerecht aufgeteilt werden muss. Erst dann werden die vielfältigen Benachteiligungen und Diskriminierungen der Frauen restlos verschwinden können.

Gerecht aufgeteilt werden müssen auch die Lasten des ökologischen Umbaus. Die reichen Industrieländer müssen den ärmeren und armen Ländern helfen, die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen so rasch wie möglich befriedigen zu können. 500 Jahre Kolonialismus, Imperialismus und Neokolonialismus verpflichten dazu. Ansprechende Lebensmittel, Zugang zu sauberem Wasser, zu Bildung und Kultur darf nicht das Privileg einer Minderheit der Weltbevölkerung bleiben.

Wir wenden uns mit dieser Erklärung insbesondere an die sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften und die politischen Parteien und Organisationen der Linken. Wir brauchen die gemeinsame Aktion für die dringend nötige ökosozialistische Wende. Stellvertreterpolitik in den überkommenen politischen Institutionen kann diese Wende nicht bringen, sondern nur die Mobilisierung und Selbstorganisation der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen zusammen mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten. Lasst uns alle unsere Ressourcen, Ämter und Mandate gemeinsam dafür nutzen, aufzuklären und alles dafür zu tun, dass eine mächtige, betriebs- und ortsübergreifende und internationale Bewegung entsteht, die die bestehenden Verhältnisse umstößt zugunsten einer globalen ökosozialistischen Demokratie! Wir empfehlen die Zusammenarbeit im SALZ – Arbeitskreis für Ökologie und Sozialismus und laden zu einer Auswertungskonferenz unserer gemeinsamen Arbeit ein, die in einem Jahr an gleicher Stelle stattfinden soll.

Entwurf, Dr. Manuel Kellner

Org.-Hinweis: Förderverein SOAG / Diese Vorlage befindet sich aktuell in der Diskussion der Redaktionsgruppe).

ViSdP.: Rainer Spilker, stellvertretender Vorsitzender - Förderverein SOAG e.V.